

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1044

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1044



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 7. 1. 2017

Inhalt

«Habe Mühe mit dem Gejammer».....	1
Reaktionen auf den Artikel.....	4
Umfrage bei Lehrpersonen im Kanton Aargau – Ergebnisse sind brisant!.....	5
Umfrage zu Schulreformen und LP21 vom 1.12.2016 Detailauswertung nach befragten Schulstufen.....	7
„Selbstgesteuertes Lernen“ mit Lehrplan 21 – das Ende des Lehrerberufes!.....	8
In Lateinamerika wächst der Widerstand gegen Pisa-Tests und die weltweite Gleichschaltung der Bildung.....	9
Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann: „Rechtschreibunterricht konsequent mit Fehlerkorrektur von Anfang an.“.....	11

«Habe Mühe mit dem Gejammer»

NZZ am Sonntag vom So, 1. Januar 2017

Die oberste Bildungsdirektorin Silvia Steiner sagt, in der Bildung sei Sparen ohne Qualitätsverlust möglich. Die Schule dürfe nicht auf die Schwächsten ausgerichtet werden.

Interview: René Donzé, Kommentare Marianne Wüthrich

NZZ am Sonntag: *Über die Schule wird viel gestritten, zum Beispiel über den Lehrplan 21 oder Fremdsprachen. Nun werden Sie Präsidentin der Erziehungsdirektoren und stehen im Zentrum solcher Diskussionen. Halten Sie gerne den Kopf hin, wenn etwas krumm läuft?*

Silvia Steiner: Das ist natürlich nicht mein grösster Wunsch. Aber es ist mir bewusst, dass es in der Schweiz eine Tendenz zum Bildungs-Bashing gibt. Das liegt daran, dass die Leute oft aus einer subjektiven Betroffenheit heraus argumentieren.

Objektiv belegbar ist die Leseschwäche der Schweizer Schüler. Laut Pisa-Studie hat jeder fünfte 15-Jährige Mühe, einen Text zu verstehen. Die EDK zweifelt die Qualität der Studie an. Wollen Sie vom Problem ablenken?

Das mag auf den ersten Blick tatsächlich wie ein Ablenkungsmanöver erscheinen, ist es aber nicht. Wir zweifeln ja auch die guten Resultate in der Mathematik an, nicht bloss die schlechten beim Lesen. Es ist schwierig, aufgrund der neuen Pisa-Daten Aussagen zu machen. Was wir wissen: Bei Pisa 2012 lag der Anteil der leseschwachen Jugendlichen

bei 14 Prozent. Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass wir ein Problem bei den Lesekompetenzen haben.

[Ganzen Artikel lesen](#)

Kommentar:

Wenn Frau Steiner und die EDK finden, es sei «schwierig, aufgrund der neuen Pisa-Daten Aussagen zu machen» – warum müssen dann Heerscharen von Schweizer Jugendlichen seit Jahren fragwürdige Tests über sich ergehen lassen? Bezahlt mit Steuergeldern!

Da gibt's nur eines: Sofortiger Stopp der untauglichen Pisa-Experimente!

Woran liegt das?

Ein grosser Teil der schwachen Schüler sind spät Zugewanderte. Ihre Fremdsprachigkeit ist ein Problem. Probleme haben aber auch Kinder, die in schwierigen sozialen Verhältnissen aufwachsen, sowie Kinder mit einer Lernschwäche. In all diesen Bereichen müssen wir grosse Anstrengungen unternehmen. Da sind wir auch schon lange dran.

Gebracht hat es noch nicht viel.

Das ist eben das Problem in der Bildungspolitik: Schwächen werden zwar sofort erkannt und kritisiert, doch bis Massnahmen greifen, dauert es Jahre. Das System ist träge. Und wir werden immer wieder zurückgeworfen durch Ereignisse, die die Schule nicht beeinflussen kann. Wenn mehr Flüchtlinge in die Schweiz kommen oder die Geburtenrate in der Schweiz steigt, hat das Auswirkungen auf die Schule.

Kommentar:

Stimmt nicht: Die meisten fremdsprachigen Schüler sind keine «spät Zugewanderten», sondern haben die ganze Volksschulzeit inklusive Kindergarten in der Schweiz absolviert. In einem vom Lehrer sorgfältig und systematisch vermittelten Deutschunterricht würden sowohl Fremdsprachige als auch Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und Kinder mit Lernschwächen in 11 Jahren ordentlich und verständlich deutsch lernen. Das ist die Aufgabe einer guten Volksschule. Es den «problematischen» Kindern oder dem «trägen System» zuzuschieben, dass ein grosser Teil der Jugendlichen (eher mehr als 20 Prozent!) mit unzulänglichen Deutschkenntnissen aus der Schule kommt, ist eine sehr schwache Ausrede. Wenn Frau Steiner wirklich etwas dagegen tun will, soll sie den Lehrplan 21 stoppen und eine der Fremdsprachen in der Primarschule durch Deutschlektionen ersetzen.

... Zum Glück können wir auf gute Lehrerinnen und Lehrer zählen, die eine tolle Arbeit machen. Sie sind als Erste mit den Problemen konfrontiert und wissen am besten, was gut ist für ihre Schüler.

Und doch hören Sie nicht auf die vielen Lehrer, die sagen, die Primarschüler seien überfordert mit zwei Fremdsprachen, sie müssten zuerst richtig Deutsch lernen.

Im Einzelfall mag das ja stimmen. Doch als Systemkritik ist es zu einseitig. Wenn wir in der Primarschule Lektionen für Fremdsprachen abbauen würden, müssten wir umso mehr auf der Oberstufe einplanen. Das liegt gar nicht drin. Die Stundentafel, die definiert, auf welcher Stufe was unterrichtet wird, ist ein komplexes Gebilde, an dem man nicht ohne Not grosse Veränderungen vornehmen sollte. Darum hoffe ich auch auf ein klares Nein bei der Abstimmung über die Fremdsprachen-Initiative im Kanton Zürich.

Kommentar:

Weil es in der Stundentafel in der Oberstufe angeblich keinen Platz für Französisch- und

Englisch-Lektionen hat, soll unseren Kindern – entgegen eindeutigen wissenschaftlichen Belegen! – in der Primarschule das Recht verweigert werden, zuerst einmal gründlich deutsch zu lernen? Vielleicht sollten Frau Steiner und ihre EDK-Kollegen doch etwas mehr auf die Lehrer hören.

....

Natürlich ist das Mass für einige Schüler übertoll, da gebe ich Ihnen recht. Und ich verstehe auch Lehrer, die sagen: «Halt, stopp, sichern. Mehr geht nicht!» Aber dann reden wir wieder nur von den 20 Prozent schwachen Schülern und vergessen die anderen 80 Prozent. Ich glaube, dass wir diese 20 Prozent individuell fördern müssen oder teilweise auch von Lernzielen befreien sollten.

Kommentar:

Statt 20 Prozent der Schüler von Lernzielen zu befreien und ihnen damit die Chancengleichheit zu verweigern, könnte man zum Beispiel auch das unselige Integrations- und Inklusions-Modell überdenken, das angeblich die «Ausgrenzung» von Kindern mit verschiedenartigen Problemen verhindern soll. In Wirklichkeit trugen die früheren Kleinklassen und ganz besonders die Sonder A- und E-Klassen (Stoff des 1. Schuljahres in 2 Jahren bzw. Deutsch-Intensivunterricht für Fremdsprachige, mit anschliessender Integration in die Regelklassen) sehr viel mehr zur Chancengleichheit bei.

....

Sie übernehmen die EDK in einer Zeit, in der viele Kantone sparen, auch in der Bildung. Das kann Ihnen doch keinen Spass machen.

Natürlich ist Sparen nicht sehr lustvoll. Aber ich habe Mühe mit dem allgemeinen Gejammer über Bildungsabbau. Man muss überall in der Verwaltung optimieren und Ressourcen bestmöglich ausnutzen. Das ist auch in der Bildung möglich und nötig. Und zwar ohne Qualitätsabbau.

Kommentar:

Unter der Fuchtel des LP21 sollen alle Schweizer Volksschulen ab dem Kindergarten mit Computern für jedes Kind und der entsprechenden Software, mit neuen Lehrmitteln ausgerüstet werden, alle Lehrer müssen in die Weiterbildung, nach jedem Zyklus sollen in allen Kantonen Einheits-Tests durchgeführt werden – wie und wo bitte wollen Frau Steiner und ihre EDK-Kollegen in der Bildung sparen? An den Lehrerlöhnen? Oder mit grösseren Klassen – weil ja sowieso jedes Kind selbstorganisiert lernt, kann ein Lehrer doch sicher 30 oder 40 Schüler coachen? Oder die Kantone schieben einen Teil der zu erwartenden horrenden Kosten den Gemeinden zu...

....

Die Hochschulen beklagen sich darüber, dass viele Gymnasiasten nicht gut genug gerüstet sind fürs Studium.

Wir haben bereits Massnahmen eingeleitet, um die Studierfähigkeit der Maturanden zu verbessern. Und ich erwarte von den Rektoren der Mittelschulen auch, dass sie die Studierfähigkeit ihrer Schulabgänger prüfen. Generell müssen sich unsere Gymnasien aber nicht verstecken. Die Aussagen von Herrn Schneider-Ammann sind geprägt von der Sicht der ETH. Es ist klar, dass nicht alle Maturanden fit sind für ein ETH-Studium. Die ETH ist nun wirklich eine naturwissenschaftlich ausgerichtete Eliteschule.

Kommentar:

Die Verbesserung der Studierfähigkeit der Gymnasiasten muss bereits in der Volksschule beginnen. Wenn der Rektor der Uni Zürich sich beklagt, dass viele Studenten nicht in der Lage sind, einen deutschen Satz richtig zu schreiben, und dass den Mathe-Studenten zuerst der Dreisatz (!) beigebracht werden müsse, zeugt das von ungenügenden Grundlagen in der Volksschule. Dass die ETH nur für die «Elite» sei, ist etwas ganz Neues! Wer eine Matura macht und sich im Gymi mit Interesse und Einsatz hinter die Naturwissenschaften gemacht hat, sollte eigentlich ein Studium an der ETH bewältigen können. Jedenfalls war dies in früheren Zeiten so (Frau Steiner spricht herablassend von Gotthelfs Zeiten – so weit zurück möchte ich aber nicht gehen!).

Wenn Sie in vier Jahren zurückblicken: Was wollen Sie erreicht haben?

Ich bin froh, wenn die Fremdsprachen-Initiativen vom Tisch sind und der Lehrplan 21 eingeführt ist. Zudem hoffe ich, die Berufs- und Fachmaturitätsquote von 17 auf mindestens 20 Prozent steigern zu können. Mein wichtigstes Ziel ist es aber, dass 95 Prozent der 25-Jährigen über mindestens eine Berufsausbildung oder eine Matura verfügen.

Kommentar:

Bedauerlicherweise – für unsere Jugend – werden Sie dies nicht erreichen. Es gibt nur ein Entweder-Oder: Entweder Sie lassen den Lehrplan 21 samt den zwei Fremdsprachen in der Primarstufe auf unsere Kinder los – oder 95 Prozent der jungen Leute sind fähig, eine Berufsausbildung oder eine Matura zu machen. Wir würden das Letztere vorziehen...

Reaktionen auf den Artikel

Gute Schule hängt zu 90% von einer qualifizierten Lehrerschaft ab. Mit der Radikalreform Lehrplan 21 (Aeppli: grösste Neuerung seit Bestehen der Volksschule) wird diese Lehrerschaft und der bewährte Klassenunterricht mit dem „selbstgesteuerten Lernen“ abgeschafft. Gute Schule erträgt Kritik: Der LP21 und die vielen Reformen ertragen keine Kritik und sollen von oben gesteuert am Volk vorbei eingeführt werden. Die Pisa-Abwärtsspirale ist ein Alarmzeichen jahrelanger Schulexperimente auf dem Buckel unserer Kinder. Unser bewährtes Bildungswesen darf nicht mit einer gescheiterten Reformideologie aus dem letzten Jahrhundert an die Wand gefahren werden

Peter Aebersold

Das Interview mit Frau Steiner (CVP) hat bei mir einen schmerzlichen Eindruck hinterlassen. „Die Schule dürfe nicht auf die Schwächsten ausgerichtet werden“, sagt sie. Aber genau dies gehört zu den Kernaufgaben unserer Volksschule, dass sie alle Kinder fördert und ihnen eine Chance für ihr Leben eröffnet. Gerade im Klassenunterricht, den die Schulreformer am liebsten abschaffen, bietet sich dem Lehrer die wunderbare Möglichkeit alle Kinder miteinander voranzubringen und zu verbinden. Nur wenn wir in der Klassengemeinschaft keinen ausschliessen, kann eine entspannte Lernstimmung entstehen. Wenn der Schüler immer Angst haben muss, einmal zu den 20 % Schwachen zu gehören entsteht in der Klasse eine ungute Konkurrenz, die dem Lernen abträglich ist. Nicht umsonst steht in der Preamble unserer Bundesverfassung: Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Gilt für den Lehrplan 21 die Bundesverfassung nicht mehr?

Ursula Richner

Frau Steiner macht es sich sehr einfach, wenn sie Kritik und Mängel am Bildungssystem als Gejammer abtut. Eine Studie der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz (im Kanton Zürich wird es nicht anders sein) hat ergeben, dass z. B. nur ein Drittel der Schüler die Lehrplanziele des Französischunterrichts erreichen. Das ist schlicht ungenügend und bedarf dringend einer Verbesserung. Aus den Zahlen ist natürlich nicht ersichtlich, dass ausserdem wöchentlich und täglich in privatem Rahmen viele Eltern, Kollegen und Bekannte darum bemüht sind, die Kinder weiterzubringen, damit sie die Freude an der Schule nicht ganz verlieren.

Rudolf Richner

Erreichen der Lehrplanziele (Grundansprüche gemässe Lehrplan) am Ende der Primarschule

Resultate der Studie der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz 2016

Fertigkeiten	Anteil der Schülerinnen und Schüler, die das Lehrplanziel oder mehr erreichen	
	2 Wochenstd. pro Jahr	3 Wochenstd. pro Jahr
Hören	34.0%	40.2%
Lesen	52.1%	58.1%
Schreiben	32.5%	38.5%
Sprechen	35.5%	55.6%

Umfrage bei Lehrpersonen im Kanton Aargau – Ergebnisse sind brisant!

PRESSEMITTEILUNG

Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» 13. Dezember 2016

Die Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Aargau konnten sich bis jetzt nicht grundsätzlich zu den angekündigten Reformen rund um den Lehrplan 21 (LP 21) äussern. Eine Debatte an der Basis fand praktisch nicht statt. Der Aargauische Lehrerinnen und Lehrer-Verband (alv), der für alle Lehrpersonen sprechen will, förderte – ausser mit einer kurzen Konsultation – keine breite Diskussion. Der alv ging stattdessen ein Bündnis mit dem Departement BKS ein und versucht alle Lehrpersonen «auf Linie» zu bringen. Ein Vorgang, der auch in anderen Kantonen zu beobachten ist.

Eine kritische Diskussion lässt der alv auch im Schulblatt nicht zu. Obwohl die Abstimmung über unsere Bildungsinitiative vom 12. Februar 2017 erst noch ansteht, führt das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) mit Unterstützung des alv und den Schul- pflegen, sogenannte «Informationsveranstaltungen» durch, um die Linientreue zu erreichen. Diesem in einer Direktdemokratie äusserst fragwürdigen Vorgang wollen wir als Komitee etwas entgegensetzen.

Deshalb lancierten wir – nebst anderen Aktivitäten – eine Lehrerumfrage (siehe Beilagen). Schliesslich sind es die Lehrpersonen, die tagtäglich mit den laufenden Reformvorhaben konfrontiert sind und die den neuen Lehrplan, der zahlreiche bereits laufende Schulreformen zementiert, in ihrem Schulalltag umsetzen müssten.

Die Mail-Adressen der Lehrpersonen beschafften wir auf legalem Weg übers Internet. Das war zwar eine aufwendige Fleissarbeit, gewährt uns aber nun den autonomen Zugang zur Lehrerschaft im Kanton.

Die Ergebnisse der Umfrage sind geradezu eine Sensation! An der anonymen Umfrage nahmen über 1'200 Lehrpersonen (von rund 6'000 Angeschriebenen) teil. Es ist aber davon auszugehen, dass viele Lehrpersonen nicht abstimmten, weil sie vom BKS und alv eingeschüchert wurden. Beide haben relativ schnell auf unsere Umfrage reagiert und

davor gewarnt, an der Abstimmung teilzunehmen.

Die Auswertung erfolgte extern über ein Umfrage-Tool, welches von einem Ostschweizer ETH-Studenten entwickelt und von ihm mit Server-Standort Schweiz erfolgreich betrieben wird.

Kurz zusammengefasst (siehe auch Detailauswertung nach Schulstufen in der Beilage) lässt sich zu den Antworten der Lehrpersonen folgendes aussagen:

FRAGEN:

1. Befürworten Sie, dass bereits auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen (Französisch und Englisch) unterrichtet werden? **Ergebnis: Die Lehrpersonen sind mit 52.4% gegen eine zweite Fremdsprache auf der Primarschulstufe. Nur 35.5% sind für zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe.**
2. Befürworten Sie an der Oberstufe statt der Einzelfächer Geografie, Geschichte, Biologie, Physik und Chemie die beiden Sammelfächer «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und «Natur und Technik»? **Ergebnis: Die Lehrpersonen sind mit 58.3% gegen Sammelfächer auf der Oberstufe. Nur 27.8% sind für Sammelfächer auf der Oberstufe.**
3. Befürworten Sie den zentralen Punkt des LP21, das «selbstorganisierte Lernen», welches Stoffauswahl und Lernprozesse (Stichwort Lernlandschaften) weitgehend den Schülern überlässt? **Ergebnis: Die Lehrpersonen sind mit 66.5% gegen das „selbstorganisierte Lernen“. Nur 21.3% sind für selbstorganisiertes Lernen.**
4. Sind Sie der Meinung, dass die Lehrerpersönlichkeit zentral ist für den Lernerfolg in der Klasse und bei der Stoffvermittlung eine aktive Rolle spielen muss? **Ergebnis: Die Lehrpersonen sind mit 88.8% dafür, dass die Lehrerpersönlichkeit zentral ist für den Lernerfolg in der Klasse und bei der Stoffvermittlung eine aktive Rolle spielen muss. Nur 5.5% sind gegen eine aktive Rolle der Lehrperson.**
5. Wollen Sie auch in Zukunft mit Jahreszielen arbeiten? **Ergebnis: Die Lehrpersonen sind mit 67.3% dafür, auch in Zukunft mit Jahres-zielen zu arbeiten. Nur 13.7% sind gegen Jahresziele.**

Ausser der Frage 1 zielen alle Fragen auf zentrale Elemente des Lehrplans 21. Mit der Annahme der Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» könnte der LP 21 nicht eingeführt werden.

Mit unserem Vorschlag eines neuen Gesetzesparagrafen fordern wir anstatt der neuen Sammelfächer den Fächerkanon (u. a. mit nur einer Fremdsprache auf der Primarschulstufe!) und anstatt Zyklen klare Jahrgangsziele. In zentralen Begleitpapieren für den LP 21, erstellt und abgesegnet durch die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), wird zudem das «selbstorganisierte Lernen» propagiert und die Lehrperson als blosser «Coach» abgewertet.

Fazit: Eine Mehrheit der Lehrpersonen im Kanton Aargau unterstützt damit wesentliche Teile unserer Initiative und stellt sich gegen den Lehrplan 21.

Für das Initiativkomitee:

René Roca, Oberrohrdorf, Komiteemitglied
Tel.: 078 817 32 37 reroa@swissonline.ch

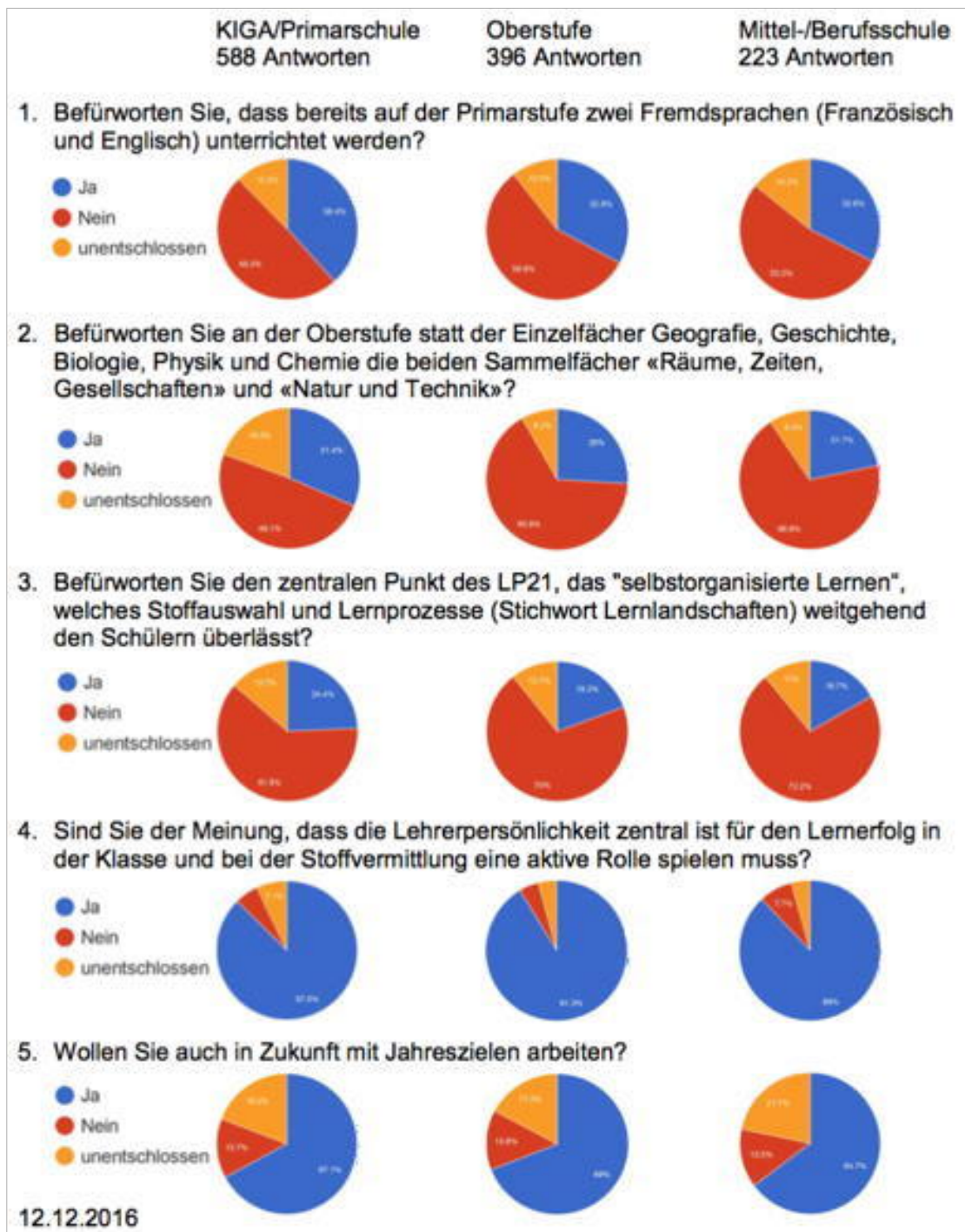
Angaben zum Komitee: www.lehrplan21-nein.ch Anhang:

Konto: PC 50-2808-7, Raiffeisenbank 8964 Mutschellen, Komitee «Lehrplan21-nein»,
IBAN CH47 8067 3000 0073 4124 5

Umfrage zu Schulreformen und LP21 vom 1.12.2016 Detailauswertung nach befragten Schulstufen

An dieser anonymen Umfrage gingen über 1200 Antworten von aktiven Lehrkräften im Aargau ein. Die Auswertung erfolgte extern über ein Umfrage-Tool, welches von einem Ostschweizer ETH-Studenten entwickelt und von ihm mit Server-Standort Schweiz betrieben wird.

Die fünf gestellten Fragen wurden nach Schulstufen wie folgt beantwortet:



„Selbstgesteuertes Lernen“ mit Lehrplan 21 – das Ende des Lehrerberufes!

Peter Aebersold aus Forum kindgerechte Schule

Seit 2007 wird an der Sekundarschule Uetikon am See mit dem umstrittenen „selbstgesteuerten Lernen“, als heimliche Versuchsschule für den Lehrplan 21, experimentiert. Mit der vom Kanton verordneten Umstellung auf sogenannte Vollzeiteinheiten (VZE) bekam die Sekundarschule Uetikon mit 140 Schüler plötzlich eine kritische Grösse. Die Gemeindebehörden hatten nur noch die Wahl, die Schule zu schliessen (mit Nachbargemeinden zu fusionieren) oder sich auf das Experiment des „selbstgesteuerten Lernens“ einzulassen, wobei in letzterem Fall offenbar die VZE-Regel nicht mehr galt. Man hatte ihnen ein Modell versprochen, das Freude am Lernen und die Selbststeuerung des Lernens im Zentrum haben sollte und die Schüler optimal auf ihre künftige Tätigkeit in der Berufswelt oder weiterführenden Schulen vorbereiten würde.

Anfängliche Kritik von Eltern und erfahrenen Lehrern an dem radikalen Experiment, sollen Schulpflege und Schulleitung immer wieder mit dem Hinweis auf den angeblich veralteten «Frontalunterricht» begegnet sein. Während der Exodus Richtung Privatschule schon in vollem Gange war, wurde das umstrittene Experiment mit dem schülerzentrierten Unterricht» ausländischen Besuchern als grosser Erfolg vorgeführt.

Bereits nach zwei Jahren des Experimentierens, kam der Eklat. Im September 2009 gelangten betroffene Schulabgänger der Sek A in Uetikon an die Öffentlichkeit (Tages-Anzeiger vom 30. September 2009: Uetikon ZH - Schulabgänger kritisieren «selbstgesteuertes Lernen»). Sie beklagten sich, weil sie wegen dem wenig effizienten „selbstgesteuerten Lernen“ mit massiven Bildungsdefiziten ins Berufsleben starten mussten. Sie hätten in der Schule nichts mehr gelernt und seien von den Lehrern kaum mehr kontrolliert worden. Trotzdem erhielt die Problemschule Sek Uetikon am 2. Dezember 2009 den Förderpreis der Stiftung Mercator und wurde von der PH Zürich als „innovatives Schulprojekt zur „Nachahmung empfohlen“. Im Sommer 2010 verliessen sechs Lehrpersonen sowie der Schulleiter die Sekundarschule Uetikon, darunter drei Lehrpersonen, die von Anfang an am Projekt «selbstgesteuertes Lernen» mitgearbeitet hatten.

Angehenden Lehrern wird an pädagogischen Hochschulen beigebracht, dass „guter“ Unterricht „selbstorganisiert“ und „altersdurchmisch“ sei. Nach vorherrschender Lehrmeinung „vorbildliche“ Schulen wie Neftenbach, Uetikon, Niederhasli usw. werden regelmässig mit Preisen von Stiftungen ausländischer Konzerne überhäuft. Dies nicht etwa, weil die Schüler dort besonders gut wären, sondern weil die Juroren eigene «Beweise» konstruierten wie «offene, freundliche Gesichter» oder ein «angstfreies Klima». Dass Schüler und Eltern Streiks und Demonstrationen gegen das selbstorganisierte Lernen vom Zaun brachen oder Schüler scharenweise an Privatschulen wechseln, spielt bei den Ehrungen offensichtlich keine Rolle.

Nun soll das umstrittene „selbstgesteuerte Lernen“ mit dem Lehrplan 21 als „zeitgemässe“ „Lern“methode in der ganzen Deutschschweiz flächendeckend eingeführt und das bewährte Schweizer Bildungssystem samt Klassenunterricht und qualifizierten Lehrern – möglichst am Volk vorbei – abgeschafft werden.

Es ist unverständlich, dass mehrheitlich linke und linksliberale Parteispitzen den Lehrplan 21 immer noch befürworten und damit ihre Lehrer – 80% sollen linksorientiert sein – im Stich lassen und das, obwohl rund 70% von 1200 Aargauer Lehrern von der Primar- bis zur Mittelstufe in einer Umfrage das „selbstgesteuerte Lernen“ – den zentralen Punkt bei der Lehrplan 21-Reform – klar abgelehnt haben.

In Lateinamerika wächst der Widerstand gegen Pisa-Tests und die weltweite Gleichschaltung der Bildung

Manifest gegen Pisa und die weltweite Standardisierung der Bildung

Zeit-Fragen vom 3. 1. 2017

gl. An der letzten Pisa-Studie 2015 haben auch acht lateinamerikanische Länder teilgenommen, darunter Chile, Mexiko, Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Peru. Ob solche weltweit standardisierten Vergleichstests in der Bildung sinnvoll sind, wird auch dort mittlerweile in Frage gestellt.

Das Red Social para la Educación Pública en las Américas (Red SEPA) (Netzwerk für die öffentliche Bildung in Amerika) ist eine Dachorganisation zahlreicher Lehrer- und Bildungsorganisationen in Nord- und Südamerika, die 1998 gegründet wurde, um das öffentliche Bildungswesen auf dem amerikanischen Doppelkontinent zu schützen und zu verbessern. Das Koordinierungskomitee umfasst Vertreter nationaler Lehrerorganisationen aus Argentinien, Ecuador, Brasilien und Kanada und verschiedene regionale Bildungsorganisationen der Karibik, Zentralamerikas und Mexikos sowie indigene Lehrerorganisationen.

Im Dezember 2016 veröffentlichte das Red SEPA gemeinsam mit der Coalición Trinacional en Defensa de la Educación Pública (Mexiko, USA, Kanada) das im folgenden abgedruckte Manifest.

Die Resultate des internationalen Schulleistungstests Pisa sind zum sechsten Male bekanntgegeben worden. Wir Unterzeichnenden lehnen diesen Test entschieden ab, ebenso seine nationalen Versionen und den daraus folgenden Zwang, die verschiedenen nationalen Bildungssysteme zu vereinheitlichen.

Pisa ist ein standardisierter Test, der alle drei Jahre mit 15jährigen Schülern durchgeführt wird. Erstmals wurde er im Jahr 2000 durchgeführt; seitdem haben sich mehr als 70 Länder angeschlossen. Jedes Land, das teilnehmen will, muss über technisch speziell ausgebildetes Personal verfügen und für die Durchführung des Tests bezahlen. Die OECD, die die Pisa-Studie durchführt, hat jetzt für die Entwicklung der Version 2018 einen Vertrag mit der multinationalen Bildungsfirma Pearson abgeschlossen.

Zudem sind die Pisa-Resultate mittlerweile zu einem wichtigen Indikator für die Analyse der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Länder geworden.

Seit ihrer erstmaligen Durchführung haben wir verschiedene Auffälligkeiten beobachtet:

1. In bildungspolitischer Hinsicht: Die Bildungsministerien haben nur eine begrenzte Kontrolle über diese Evaluierung, was dazu führt, dass Prozesse und Messungen immer stärker standardisiert werden. In zunehmendem Masse haben internationale Organisationen wie die OECD Veränderungen der Bildungspolitik auf der ganzen Welt erzwungen, die eine Anpassung der Bildungsprozesse an eine bestimmte eingeschränkte Auffassung von Fortschritt bewirkt haben. Diese Standardisierung beinhaltet auch die Einrichtung oder Anpassung der nationalen Tests an einen globalen Massstab, und zwar über den Druck, der mit den Rankings ausgeübt wird. Zum anderen hat die Standardisierung eine starke Beteiligung von Privatunternehmen bewirkt, die die Bildungsministerien, die Lehrerinnen und Lehrer, die Gewerkschaften und Schulen in ihren Bildungsaktivitäten ersetzt haben. Ausserdem ist die Aus- und Weiterbildung der Lehrer an die standardisierten Evaluationen angepasst worden. Letztendlich reduziert diese Logik die Lehr- und Lernprozesse, die auf eine umfassende und ganzheitliche Entwicklung des Schülers abzielen und auf der Grundlage eines kritischen sozialen und

geschichtlichen Bewusstseins beruhen.

2. In technischer Hinsicht: Pisa fördert Länderrankings nach ihren Resultaten. Mit dieser Vorgehensweise wird versucht, die enormen kulturellen Unterschiede, Weltanschauungen und sprachlichen Eigenheiten, die es in jedem nationalen Kontext gibt, zu neutralisieren. Dieser Faktor impliziert auch, dass die Prüfung nicht die minimalsten Anforderungen an Validität und Zuverlässigkeit erfüllt.
3. In pädagogischer Hinsicht: Das höchst einflussreiche System standardisierter Prüfungen und die Prozesse, die es ausgelöst hat, haben zu einer radikalen Veränderung unseres Schulalltags geführt. Die curriculare Einengung hat bedeutet, dass Fächer wie Kunst, Musik, Philosophie und Geschichte eliminiert worden sind. Die Schulzeit ist umstrukturiert worden, damit mehr Raum bleibt für das Training, um Erfolg bei diesen Prüfungen zu haben. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Messungen weder einer sozialen noch einer pädagogischen Überprüfung unterzogen worden sind. Diese Vorgehensweise berücksichtigt den sozialen Kontext nicht und genauso wenig die Verschiedenheit der Werte und der pädagogischen Praxis.
4. In sozialer und psychologischer Hinsicht: Die Pisa-Studie und ihre nationalen Varianten sind diskriminierend und repressiv und stigmatisieren Regionen, Länder und Völker im Vergleich zueinander. Die Kontrolle und der Druck, gute Punktzahlen zu erreichen, gehen letztlich zulasten der Gemeinschaften von Lehrern und Schülern, indem ein sehr belastendes System geschaffen wird, welches das Schulklima und die emotionale Stabilität unserer Schulen zerstört. Der Test hat dazu geführt, dass Ausschluss und Selektion an unseren Schulen verschärft worden sind, und hat damit das Recht auf Bildung seines eigentlichen Sinnes beraubt.

Aus diesen Gründen verlangen wir die Auflösung der Verträge, die verschiedene Regierungen mit der OECD abgeschlossen haben. Ebenso verlangen wir das Ende der standardisierten Prüfungen, die weitreichende Konsequenzen auf nationaler Ebene haben.

Wir wollen auch unser Eintreten für das staatliche Bildungswesen als soziales Recht zum Ausdruck bringen, es orientiert sich in all seinen Bestandteilen an der sozialen, historischen und kulturellen Verschiedenheit unserer Völker.

Wir halten es für notwendig, dass Schulen die Protagonisten einer Bildung in Richtung sozialer Gerechtigkeit sind. Wir verurteilen auch repressive Massnahmen, die von manchen staatlichen Behörden gegen Lehrer- und Studentenorganisationen ergriffen wurden, die gegen verschiedene Formen der neoliberalen Gleichschaltung demonstriert hatten.

Evaluationssysteme müssen regional verankert sein, müssen die Komplexität beachten, und sie müssen eine Bildung fördern, die die Menschenrechte und die sozialen Rechte beachtet. Nur auf diese Art und Weise bilden wir Bürgerinnen und Bürger in vollem Sinne aus.

*Red Social para la Educación Pública en las Américas (Red SEPA)
Coalición Trinacional en Defensa de la Educación Pública
(Mexico, USA, Kanada) Dezember 2016*

Quelle: <http://es.idea-network.ca/noticias/manifiesto-contr-pisa-y-la-logica-estandarizadora-de-la-educacion-en-el-mundo>

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann: „Rechtschreibunterricht konsequent mit Fehlerkorrektur von Anfang an.“

Schulleitungen und Lehrerkollegien werden in einem Schreiben um eine Änderung und Intensivierung des Rechtschreibunterrichts gebeten

Pressemitteilung Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg, 15.12.16

Im Rechtschreibunterricht an den Grundschulen in Baden-Württemberg soll wieder mehr darauf geachtet werden, dass die Schülerinnen und Schüler von Anfang ihrer Schulzeit an korrekt schreiben. „Richtiges Schreiben ist ebenso wie Lesen und Rechnen eine Schlüsselkompetenz, die wieder gestärkt werden muss“, teilt die Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann mit. Deren Erwerb dürfe weder vernachlässigt noch nebenbei erfolgen. Systematisches (Ein-)üben sei ebenso wichtig wie Kontinuität. „Deshalb ist es wichtig“, sagt die Ministerin, „dass richtiges Schreiben nicht erst zum Ende der zweiten oder in der dritten Klasse, sondern von Beginn der Grundschulzeit an konsequent unterrichtet wird.“ Die Ministerin wandte sich wegen der Umsetzung dieses Vorhabens in einem Schreiben an die Schulleitungen und Lehrerkollegien aller Grundschulen im Land. Die Änderung des Unterrichts sei ein Schritt hin zu mehr Qualität und eine Konsequenz aus den Befunden neuerer Schulleistungsvergleiche. Des Weiteren werde mit einem intensiveren Blick auf ein korrektes Schreiben lernen das Thema Leistung in den Blickpunkt gerückt. „Auf Fehler hinzuweisen ist unabdingbar. Die Schülerinnen und Schüler wollen wissen, was richtig oder falsch ist“, sagte die Ministerin. Gleiches gelte für die Eltern in Bezug auf die Beurteilung der Leistung ihrer Kinder.

Anlass des Schreibens waren die Ergebnisse des Ländervergleichs des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) Ende Oktober 2016 sowie Hinweise aus den VERA-Vergleichsarbeiten. Dabei wurden für Baden-Württemberg im Ländervergleich Defizite aufgezeigt. „Insbesondere die Ergebnisse in der Rechtschreibung sollten uns alle beschäftigen und zum Nachdenken und Handeln anregen“, schrieb die Ministerin. Das richtige Schreiben von Wörtern habe in unserer Gesellschaft nicht mehr den Stellenwert, der ihm als Kulturgut zukommen sollte. Man denke nur an die „schreib-und-tipp-wie-du-sprichst“-Methode, die über das Mobiltelefon und den Computer Einzug gehalten habe. Sie hob aber auch einen anderen Aspekt hervor: „Eine Unterrichtsmethodik und –didaktik, die der Rechtschreibung nicht den zentralen Stellenwert gibt oder diese zu spät berücksichtigt, ist wenig hilfreich“, so Eisenmann in ihrem Brief. An dieser Stelle müsse gegengesteuert und Rechtschreibung von Anfang an gezielt geübt werden. Das Erlernen der Rechtschreibung soll laut der Kultusministerin außerdem in jedem Fachunterricht verankert werden. „Wenn korrektes Lernen bereits in der ersten Klasse beginnt, dann hilft dies den Mädchen und Jungen auch an den weiterführenden Schulen, wenn es in Fächern wie Physik oder Chemie um exaktes Arbeiten geht“, erläuterte die Ministerin.

In den vergangenen Jahren hätten sich andere Unterrichtskonzepte durchgesetzt. Das Schreiben von Kindern, das primär von sprachlichen Lautelementen bestimmt sei und die Rechtschreibstrategien und die notwendige Fehlersensibilität vernachlässige, führe zwar eher zum kreativen Schreiben, zöge aber häufig Fehler bei der Rechtschreibung nach sich. So seien eine Vielzahl an „individuellen Schreibungen“ eines Wortes feststellbar, wodurch das Einüben der korrekten Schreibweise erschwert werde. „Deshalb ist es aus meiner Sicht zwingend erforderlich, dass orthografische Fehler von Anfang an konsequent korrigiert werden“, so die Ministerin. Methoden, bei denen Kinder monate- beziehungsweise jahrelang nicht auf die richtige Rechtschreibung achten müssen, seien nicht mehr zu praktizieren.

Eisenmann kündigte an, dass das Ministerium die Schulen bei der Weiterentwicklung des Rechtschreibunterrichts durch Maßnahmen wie Handreichungen, verstärkte Fortbildungsangebote und Fachtage unterstützen werde. „Ziel ist, gemeinsam die Qualität des Unterrichts durch die verstärkte Vermittlung von Rechtschreibtechniken zu verbessern“, so Eisenmann.

7. 1. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598